

COVID-ABSTIMMUNG

Die Illusion vom «Volkskörper»

Die Abstimmung über das Covid-19-Gesetz hat die Stärken der direkten Demokratie aufgezeigt. Doch perfekt ist sie noch lange nicht.

VON SARAH SCHMALZ

Der Ruf nach mehr direkter Demokratie erschallt seit einigen Jahren überall in Europa. Fast immer kommt er aus der rechten Ecke. In Frankreich etwa will die rechtspopulistische Präsidentschaftskandidatin Marine Le Pen – bekennende Befürworterin der Todesstrafe – mehr «Volksrechte» einführen. In Deutschland ist die rechtsextreme AfD die lauteste Verfechterin einer direkten Demokratie nach Schweizer Vorbild, in Österreich die FPÖ unter Führung des Corona-verharmlosters Herbert Kickl.

Die Methode des Rechtspopulismus ist überall dieselbe: Seine Anführer:innen inszenieren sich als Vertreter eines einzigen wahren «Volkswillens» gegenüber einer «korrupten Elite». Kaum eine «Volkspartei» bespielt die Klaviatur des Populismus freilich so geschickt wie das Schweizer Original, die SVP. Und nirgends konnte man in den letzten zwanzig Jahren so deutlich beobachten, dass die direkte Demokratie für die Rechten, die mit ihren Initiativen auf rechtsstaatliche Institutionen, Minderheitenschutz und die Gewaltenteilung zielen, nur ein Hebel für die Abschaffung des demokratischen Rechtsstaats ist.

Die Schweizer Linke zaudert deshalb manchmal, lautstark für die direkte Demokratie einzutreten. Nach dem deutlichen Ja zum Covid-19-Gesetz aber darf man sich ruhig wieder einmal an die Stärken des Systems erinnern.

Entzauberte Bewegung

Marc Bühlmann, Direktor des Forschungsbereichs Année Politique Suisse an der Universität Bern und Experte für die direkte Demokratie, sagt: «Jeder Populist – ob rechts oder links – träumt vom Volkskörper.» Dieser sei jedoch eine Illusion. «Und genau das vermag die direkte Demokratie, die bei den Populist:innen Hochkonjunktur hat, zu entlarven.» Die Coronapandemie hat eine neue populistische Bewegung hervorgebracht, deren Leader das Narrativ der ungehörten schweigenden Mehrheit, verschwörungsideologisch untermauert, auf die Spitze treiben. Die ländliche und ganz besonders die voralpine Schweiz war in den letzten Wochen vollgepflegt mit den Plakaten der Massnahmegegner:innen. «Doch sie dominierten eben nur den öffentlichen Raum», sagt der Historiker Jo Lang von den Grünen, der ein Buch über die Entstehung der Schweizer Demokratie geschrieben hat. «Im Privaten liefen die Diskussionen ganz anders.»

Am Ende stützten 62 Prozent der stimmberechtigten Bevölkerung die Coronamassnahmen des Bundesrats, und das bei einer historisch hohen Stimmbeteiligung. «Der Umrengang hat die Trychler und die «Freunde der Verfassung» ganz schön entzaubert», sagt Lang. Mehrheiten können in einem direktdemokratischen System nicht einfach behauptet werden. «Länder ohne dieses Korrektiv bleiben den Coronaleugnern schutzlos ausgeliefert.»

Sowohl Bühlmann als auch Lang bewerten das Mitbestimmungsrecht unter dem Strich als stabilisierend für die Demokratie. Sie sei ein «institutioneller Zwang zum Dialog», sagt Bühlmann. Misstrauen wachse sich in diesem System nicht zu einem Gefühl der Ohnmacht aus, emotionale Themen kämen auf den Tisch, die Debatten hätten eine befriedende Wirkung – auch hinsichtlich der parlamentarischen Umsetzung. Zwar sei das System träge, einmal errungener gesellschaftlicher Fortschritt dann aber beständiger. «Das Abtrei-

bungsrecht wird hierzulande zum Beispiel kaum mehr infrage gestellt», sagt Lang. Auch lasse sich der Mythos, dass die direkte Demokratie den sozialen Ausgleich behindere, nicht halten. «Ich bin überzeugt, dass Hartz IV hier nicht möglich wäre. Ausbauschritte sind zwar nur schwierig zu erreichen. Aber ohne die direkte Demokratie hätten wir zum Beispiel keine flankierenden Massnahmen bei der Personenfreizügigkeit – und das unterste Fünftel wäre auch in der Schweiz abgehängt.»

Zwei gegensätzliche Geisteshaltungen

Die schweizerische direkte Demokratie ist dennoch seit Anbeginn mit einem Widerspruch behaftet. Ihre Wurzeln liegen in zwei fundamental unterschiedlichen Geisteshaltungen. Historiker Lang sagt: «Sie basiert einerseits auf dem Aufklärungsprinzip der Französischen Revolution, andererseits auf den alteidgenössischen Landsgemeinden.» Diese Grundspannung zwischen Egalitarismus und Konservativismus wirke bis



Zwischen Partizipation und Ausgrenzung: Glarner Landsgemeinde, 2013. FOTO: CHRISTIAN BEUTLER, KEYSTONE

heute nach. «Die Landsgemeinden gewährten mehr Männern als irgendwo in Europa Partizipationsrechte, was sie selbst für Untertanen attraktiv machte.» Gleichzeitig hätten sie eine scharfe Ausgrenzung von Waffenlosen, Neuzugängern, Andersgläubigen und der Frauen betrieben. «Dieses Spannungsfeld erklärt, warum die Schweiz das erste Land war, in dem sich die Volkssouveränität durchsetzte, aber das letzte Land, in dem die Juden und die Frauen in der Souverän aufgenommen wurden.»

Bei der ersten eidgenössischen Abstimmung stimmten die Schweizer Männer einem klar antisemitisch motivierten Schächtverbot zu. Die Schweizer Jüdinnen und Juden erhielten erst im Jahr 1871 Religionsfreiheit und Bürgerrechte zugesprochen. Auch «Armengenössigen», «Vagabunden», «Gepfändeten», verurteilten Straffälligen, Zwangsversorgten oder «Sittenlosen» wurde das demokratische Grundrecht lange Zeit verwehrt. Ganz zu schweigen von den Frauen, die ihr aktives und passives Stimm- und Wahlrecht

mehrheitlich 1971, nach einem hundertjährigen Kampf, erhielten.

2009 nahm die Schweizer Stimmbevölkerung die Minarettinitiative des antiislamischen Egerkinger Komitees an. 2010 stimmte sie für die erleichterte Ausschaffung krimineller Ausländer:innen, Anfang dieses Jahres für ein Burkaverbot. Die direkte Demokratie wird immer dann zur rechtspopulistischen Waffe, wenn eine aufgewiegelter Mehrheit über eine Minderheit befinden kann. Will man ihre emanzipatorisch-fortschrittliche Wirkung verteidigen, muss man die Partizipationsrechte erweitern. «Zuallererst für jene 25 Prozent ohne Schweizer Pass», sagt Jo Lang. Marc Bühlmann sieht noch weiteren Bedarf: «Man muss sich auch überlegen, wie sich die Interessen der künftigen Generationen sowie von Natur und Tieren besser abbilden liessen.»

Das sind Forderungen, die sicher nicht im Sinne eines Herbert Kickl, einer Marine Le Pen oder der Schweizer «Freunde der Verfassung» sind.

DIE BEWEGUNG GEGEN DAS COVID-GESETZ

«Liberté» auf Sparflamme

Radikale Massnahmegegner:innen kündigten bei Annahme des Covid-19-Gesetzes einen Sturm auf das Bundeshaus an. Stattdessen herrschte am Sonntag Katerstimmung.

VON NATALIA WIDLA

Im «Sternen» in Bümpliz zeichnen sich bereits kurz nach 13 Uhr lange Gesichter ab. Die JSVP hatte zusammen mit dem Nein-Komitee gegen das Covid-19-Gesetz zur Medienorientierung geladen. Der kleine, urchige Gasthof ist vollgestopft mit Medienleuten. Im oberen Stockwerk hat sich das Komitee verschanzt, Medien ist der Zutritt verboten. Periodisch kommt jemand runter und informiert über die Ergebnisse. Es sieht nicht gut aus, auch nicht für die Medien. Es ist langweilig, die grosse Zitterpartie ist ausgeblieben. David Trachsel, Präsident der JSVP, steht als Einziger in der Mitte des Raums und gibt weiterhin Interviews, auch wenn die Niederlage eigentlich schon feststeht. Dass sich knapp 62 Prozent der Stimmbürger:innen für das Covid-Gesetz ausgesprochen haben, wird das Komitee «wohl oder übel» akzeptieren, lässt deren Sprecher Josef Ender später im SRF verlauten.

Die Saga vom Wahlbetrug

«Volksverräter!», brüllt die feingliedrige Frau um die vierzig immer wieder in Richtung Bundeshaus. Dann nimmt sie eine vom Schneeregen durchnässte Schweizer Verfassung aus der Tasche und reckt sie in die Luft, einige der Umstehenden tun es ihr nach, andere strecken drei Finger in die Höhe, jemand stinkt verlegen den Schweizerpsalm an.

Viel wurde im Vorfeld gezittert, berichtet, agitiert. Der Bundesplatz sollte gesperrt

werden, ja die halbe Innenstadt, wenn es die Lage verlangen würde. Mehrere massnahmenkritische Kreise hatten bereits Wochen vor der Abstimmung von «Wahlbetrug» gesprochen, einen Sturm auf das Bundeshaus angekündigt, mit Gewalt gedroht. Auch noch am Sonntagvormittag fragt ein Mann mit Tell als Profilbild in einem der Telegram-Chats, über die sich die hier Anwesenden primär organisieren, ob man mit einer Waffe nach Bern kommen solle. Er wird ignoriert. Am Schluss finden sich nur etwa 150 Personen im Schneeregen auf dem Bundesplatz ein.

In den Seitengassen stehen einzelne Polizeibeamte, neben dem Bundeshaus wartet ein Wasserwerfer. Zwei Polizisten in Sicherheitsweste werden von einem älteren Mann angesprochen: Ob sie ihn jetzt auch einsperren würden wie die Menschen in Südafrika und Australien und ob sie überhaupt wüssten, «wer uns eigentlich regiert», was der «great reset» sei. Die Beamten schütteln den Kopf. Sie seien halt auch nur Befehlsempfänger, diese Polizisten, sagt der Mann weiter. Aber er hoffe, sie würden dann schon auf ihr Herz hören, wenn es heisse, man müsse die Gesellschaft unter Zwang impfen und in Lager sperren.

Am Nachmittag kommt es zu vereinzelt Rangeläufen, ansonsten bleibt es ruhig. Auch den Medienleuten ist die Enttäuschung ins Gesicht geschrieben. Die Helvetia-Trychler sind ferngeblieben, ein Herr mittleren Alters schwingt einsam eine Kuhglocke. «Liberté!»,

hallt es immer wieder; die Parole «Das Volk ist souverän» mag heute niemand anstimmen.

Verschonter Weihnachtsmarkt

Auf dem Bundesplatz vor dem Gitter zusammengekommen ist nur noch der harte Kern: keine Unbekannten, sondern die radikalsten Massnahmegegner:innen aus der deutschen, französischen und italienischen Schweiz. Einzelne Neonazis der kürzlich in Erscheinung getretenen Gruppierung WG (siehe WOZ Nr. 47/21) führen die Gruppe kurzzeitig an, als sie sich Richtung Bahnhof in Bewegung setzt, und versuchen später, sie dazu zu animieren, den Weihnachtsmarkt zu stürmen, um so gegen die Zertifikatspflicht zu protestieren. Die Masse bleibt jedoch träge. «Die Schlacht ist verloren, der Kampf geht weiter», schreibt derweil eine Userin in einer Berner «Widerstandsgruppe» auf Telegram und erntet viel Zustimmung. In der Gruppe «Wahlbetrug Schweiz» wird eifrig durchdekliniert, was alles nicht gezählt worden sei, wer alles lüge.

Gegen Abend gibt die Bewegung «Massvoll» bekannt, dass sie das Resultat als «nicht legitim» und «nicht bindend» bewerte. Das offizielle Nein-Komitee dagegen distanziiert sich davon. Was bedeutet das für die Akzeptanz bezüglich der Coronapolitik des Bundes, den kommenden Winter und die Durchimpfungsrate? Es gilt, wie so oft in den letzten anderthalb Jahren: abwarten und neu einschätzen.